

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden, in Deutschland durch die Post 0,30 Gulden, monatlich, Anzeigen: die 4. Spalte 0,30 Gulden, 5. Spalte 0,20 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark, Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Nr. 272
Donnerstag, den 20. November 1924
15. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720.
für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckerei 3290

Frankreich — Deutschland.

Caillaux amnestiert. — Fehrenbach weiter im Zuchthaus.

Der französische Senat hat am Dienstag in der fortgesetzten Beratung des Amnestiegesetzes die Ausdehnung der Amnestie auf den ehemaligen Minister des Innern, Malloy, mit 195 gegen 62 Stimmen, die Ausdehnung auf Caillaux mit 176 gegen 104 Stimmen angenommen. Die Reaktion hatte dagegen versucht, die Wiedergutmachung des an den beiden demokratischen Staatsmännern begangenen Unrechts zu verhindern. Ihre Redner legten in ihren Ausführungen eine Geschwätztheit an den Tag, die Herriot selbst zu einer sehr entschiedenen Intervention veranlaßte. Ueber ihre Anträge ist die Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Die reaktionären nationalistischen Pariser Abendblätter spielen in ihren Kommentaren Gift und Galle über den Beschluß des Senats.

Durch einen Zusatz wurde auch der Royalistenführer Charles Maurras, der seinerzeit die Anschläge auf Violette, Malet und Sangnier inszeniert hatte und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, amnestiert.

Die Amnestierung Malloy's ist insofern nur noch eine Formalität gewesen, als der frühere Innenminister nach vollständiger Verbüßung seiner fünfjährigen Verbannungstrafe wieder unbehindert in den politischen Kampf treten konnte und bei den letzten Wahlen in seiner engeren Heimat mit überwältigender Mehrheit zum Abgeordneten wiedergewählt wurde. In einer der ersten Sitzungen der neuen Kammer hielt er unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit bei der Gelegenheit einer gefälligen Bemerkung von reaktionärer Seite eine ergreifende Selbstverteidigungsrede, die für seine einstigen Richter vom Staatsgerichtshof, d. h. vom Senat, vernichtend war.

Auders lag der Fall Caillaux. Die von der Mehrheit des Senats im Frühjahr 1920 ausgesprochene Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von zehn Jahren war bisher noch immer in Kraft. Die unter dem Einfluß von Clemenceau damals begangenen Rechtsübertretungen waren bei diesem Prozeß womöglich noch krasser als bei der Verurteilung von Malloy. Die Wahlen vom 11. Mai d. J. fanden unter der Parole der Amnestie statt, die sich ganz besonders gegen das Caillaux-Urteil richtete. Der ihn betreffende Paragraph des Amnestiegesetzes wurde von der Kammer natürlich mit großer Mehrheit angenommen, doch bestanden doch einige Bedenken über dessen Schicksal im Senat. Denn der größte Teil der Senatoren von 1920, die als Staatsgerichtshof Caillaux verurteilt haben, ist heute noch in Amt und Würden, und obwohl die Abtötung bei dem damaligen Urteilspruch geboten war, ist die Entscheidung der einzelnen Bestimmungen im allgemeinen bekannt geblieben. So mußte man befürchten, daß viele es ablehnen würden, sich nach vier Jahren selbst zu bedauern. Das erklärt auch die verhältnismäßig starke Minderheit, die sich gegen die Amnestierung ausgesprochen hat.

Die endgültige Rückkehr Caillaux' in das aktive politische Leben ist natürlich für Frankreich — und vielleicht für Europa — ein Ereignis ersten Ranges. Neben Herriot, wenn nicht gar über ihn, wird Caillaux sehr bald wieder der Führer der französischen bürgerlichen Demokratie sein, und es ist anzunehmen, daß er bei seinem derzeitigen Groll gegen die Reaktion mit dieser sehr rücksichtslos umspringen wird. Er ist zwar inzwischen über sechzig Jahre alt geworden, ist aber noch immer von unglaublich frischem, Angriffslustigem Temperament. Die Zeit der gegnerischen Presse gegen seine Amnestierung ist für die Angst kennzeichnend, die sie vor ihm hat.

Die Amnestierung Caillaux' durch die französische Volksvertretung ist wieder einmal, wie rüchändig die Verhältnisse auch in Deutschland trotz einer viel demokratischeren Verfassung sind. Wenn in Frankreich die Reaktion einmal Vertreter der Demokratie hinter Kerkermauern sperren konnte, so hat das französische Volk diese Strafe des Militarismus und der Reaktion in kurzer Zeit immer wieder gestrichelt und die Opfer der Reaktion befreit. So war es schon bei dem Dreyfus-Skandal, der dazu führte, daß das französische Volk die leitenden Stellen in Regierung und Heer einer demokratischen Generalreinigung unterzog. Nicht genug hat auch jetzt Frankreich wieder an einem anderen Opfer des Militarismus gehandelt, an Caillaux, dem die französischen Nationalisten wegen seiner demokratisch-politischen Gesinnung als Bundesverräter den Prozeß gemacht haben. Auch Caillaux ist wieder durch das französische Volk befreit worden und mit ihm von Monaten Hunderte von anderen politischen Gefangenen, die alle ein Opfer der reaktionären Reaktion sind. In Deutschland aber sind die demokratischen politischen Gefangenen in den Gefängnissen. Der alleinige Grund, der auch wie Caillaux ein Opfer seiner politischen Gesinnung geworden ist. In der unvermeidlichen Reaktion aus dem Nationalismus zu verhindern, ist bisher nicht gelungen. Die maßgebenden Parteien des Nationalismus in Deutschland bringen leider nicht die nötige demokratische Seite auf wie das französische Volk. Denn aber umher ist der deutsche Arbeiter, wenn das deutsche Volk in der Zukunft noch immer nicht als unheimlich betrachtet wird.

bekannt, in welcher mitgeteilt wird, daß die neue britische Regierung erst kürzlich zur Macht gelangt sei und sie noch nicht die notwendige Zeit gehabt habe, sich mit dem Inhalt des Protokolls zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen zu beschäftigen. Die britische Regierung sei daher zu ihrem großen Bedauern gezwungen, das Ersuchen zu erfüllen, diese Fragen, die auf der Tagesordnung der nächsten Ratstagung stehen, auf eine spätere Tagung zu verlagern. Dieses Ersuchen wird vom Völkerbundsekretariat sofort den Ratmitgliedern zugeföhrt. Man zweifelt nicht daran, daß der Rat ihm Folge geben wird.

Der Regierungswechsel in Oesterreich.

Der Hauptausschuß des Nationalrats trat Dienstag nachmittag zusammen und wählte den Bundeshauptmann-Stellvertreter von Steiermark, Ramef, zum Bundeskanzler. Dr. Ramef wird seinem den Großdeutschen gegebenen Versprechen gemäß nicht vor Donnerstag die Zusammensetzung seines Kabinetts vornehmen, da noch nicht feststeht, ob sich die Großdeutschen an einem Ministerium beteiligen oder wen sie delegieren.

Seipels Sturz.

Die Sozialdemokratie bleibt in der Opposition.

Die bürgerliche Presse Wiens gibt ihrem tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß der endgültige Rücktritt Dr. Seipels trotz der noch bis zum letzten Augenblick gehegten Hoffnung auf sein Verbleiben an der Spitze der Regierung nun doch Tatsache geworden ist. Die Erörterungen der Blätter über Ursache und Wirkung dieses nach ihrer Ansicht für die weitere Entwicklung Oesterreichs einschneidenden Ereignisses gipfeln in der Feststellung, daß Seipel schließlich ein Opfer des Gegensatzes zwischen Bund und Ländern in seiner eigenen Partei geworden sei. Die voranschreitende neue christlich-sozialistische Regierung werde in innen- und außenpolitischer Beziehung einen sehr schweren Stand haben. Seipel werde aber in seiner Eigenschaft als Obmann der christlich-sozialen Partei glücklicherweise auch weiterhin ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik behalten.

Die „Arbeiterzeitung“ sieht den Ausgangspunkt für „Seipels Sturz“, wie sie seinen Rücktritt bezeichnet, in der von ihm in Genf angenommenen Beschränkung des Budgets auf 495 Millionen Kronen. Die dadurch nötig gewordenen einschneidenden finanziellen Maßnahmen hätten den Widerstand der hart betroffenen Länder hervorgerufen. Die Verfassungsfrage sei aufgeworfen worden und damit sei der offene Interessengegensatz zwischen den Christlichsozialen Wiens und den Christlichsozialen der Länder zutage getreten. In seiner Erwartung, diese Widerstände durch die Demissionsdrohung zu überwinden, habe sich Dr. Seipel getäuscht. Daraus habe sich seine Niederlage in Wien ergeben. Diesen Sieg der Föderalisten der Länder über die Zentralisten Wiens zu überschätzen, wäre freilich verfehlt, da Seipel als Obmann seiner Partei weiter wirken werde. Es gebe aber noch eine Macht in Oesterreich, die die Pläne der verschie-

denen christlichsozialen Richtungen noch sehr energisch verteidigen könnte, nämlich die Sozialdemokratie. Dr. Seipel sei gestürzt, die Sozialdemokratie aber lebe noch und werde auch gegen Seipels Nachfolger nicht schwächer sein als sie es gegen Seipel selbst gewesen sei.

Die Räumung der Kölner Zone.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald“ schreibt: Wie angenommen werde, sei man in Downing Street der Meinung, daß die Kölner Zone am 10. Januar geräumt werden müsse. Der Quai d'Orsay neige der Ansicht zu, daß die Besetzungsperiode erst dann begann, als Deutschland anfang, den Vertrag zu erfüllen. Das ist letzten Sommer. In dieser Frage werde in wenigen Wochen entschieden werden müssen. Die Vermutung sage einem, daß die britische Auslegung das allgemeine Werk der Befreiung fördere, die französische dagegen es verhindere.

Deutschösterreichische Radikalen im Bayern-Parlament.

Selbständige Außenpolitik Bayerns.

Das Plenum des bayerischen Landtages begann gestern die Aussprache zum Etat des Ministeriums des Innern. Abgeordneter Probst (Bayerische Volkspartei) trat für die Beibehaltung dieses Ministeriums als Ausdruck der Staatspersönlichkeit Bayerns ein. Auch die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan müsse aufrechterhalten bleiben. Redner wünschte weiter, daß der landsmännliche Charakter der Reichswehr in Bayern aufrechterhalten werde. Die beabsichtigte Verlegung der Infanterieschule nach Dresden soll unterbleiben. Den Etat des Innern werde seine Partei schon als Ausdruck des ungeschmäleren Vertrauens zum Ministerpräsidenten genehmigen. Abgeordneter Dell (Soz.) erklärte namens seiner Partei, daß diese gegen die Gesandtschaften in Stuttgart und beim Vatikan stimmen werde. Aus politischen Gründen lehne seine Partei auch das Gehalt des Ministerpräsidenten ab. Abgeordneter Dell erklärte, daß die Sozialdemokratie den Staat und die Republik mit Nägeln und Sähen verteidigen würde. Er kritisierte schließlich scharf die Vorgänge beim Hitler-Prozeß und das ganze Justizverfahren. Abgeordneter Bauer (deutschnational) befürwortete, daß seine Partei in die Regierung eintreten werde, um den Kampf gegen das Daves-Gesetz aufzunehmen. Dem Etat des Ministeriums des Innern stimme seine Partei zu.

Im weiteren Verlauf der Beratung kam es zu erregten Szenen während der Rede des völkischen Abgeordneten Buttman, als dieser, gegen den Ministerpräsidenten gerichtet, es als eine Ungehörigkeit bezeichnete, daß Adolf Hitler noch in Landsberg schmachte. Von den Banken der völkischen Partei wurden beleidigende Zurufe gegen den Ministerpräsidenten gerichtet. Der völkische Abgeordnete Straffer rief dem Ministerpräsidenten zu: „Pfui über diese Klaffenjustiz!“ Völkische Abgeordnete stimmten im Chor ein. Straffer rief im weiteren Verlauf zum Regierungstisch gewendet: „Bayern wird von einer Saubande regiert!“ Präsident Königsbauer konnte sich im Laufe kein Gehör verschaffen. Der Ministerpräsident verließ schließlich den Saal, ihm folgte Präsident Königsbauer. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der völkische Abgeordnete Straffer wegen seiner Neuerungen gegen die Staatsregierung und den Ministerpräsidenten für den Rest der Sitzung ausgeschlossen.

Der konfiszierte Trozki.

Die uneinigen Diktatoren.

Wie uns aus Moskau mitgeteilt wird, ist dort der dritte Band der im Staatsverlage erscheinenden Werke Trozki's, der den Ereignissen des Jahres 1917 gewidmet ist, wegen scharfer Kritik an Sinowjew und Ramenow auf Befehl der Politischen Bureau's konfisziert worden.

Das Erscheinen des neuesten Bandes der Werke Trozki's und die gleich darauf erfolgte Konfiszierung, die auf Betreiben der beiden beleidigten Halbgotter, Sinowjew und Ramenow, vorgenommen wurde, bildete in Moskau die Sensation des Tages. Sie verdient aber auch außerhalb Russlands Beachtung, weil sie erneut Einblick in die inneren Gegensätze und Kämpfe der herrschenden Oligarchie gewährt. Trozki behandelt in seinem neuesten Buche die Lehren der Novemberrevolution von 1917. Er weiß darauf hin, daß er und Lenin sich damals im entscheidenden Gegensatz zu allen übrigen Mitgliedern des kommunistischen Zentralkomitees behaupten haben. Im Hinblick darauf deutet er an, daß die Taktik des jetzigen Zentralkomitees sich in keinem idealen Zusammenhang mit der Taktik der Novemberrevolution befindet, und daß das Zentralkomitee jetzt von Seiten geleitet werde, die sich im November 1917 geirrt hätten. Trozki äußert den Wunsch, daß es nicht länger sei, eine Revolution zu sein, wenn die Revolution schon ausgebrochen ist und man sie erreicht. Dieses Votum ist eine wohlüberlegte Beschlüß gegen Sinowjew und Ramenow, die bekanntlich während des bolschewistischen Novemberaufstandes seine Anführer und den Versuch machten, sich von ihm zu trennen, aber einige Tage später, als der Sieg entschieden war, gerne an die Spitze der herrschenden Partei traten.

Trozki weiß in seinem Buche auch darauf hin, daß an der Spitze der kommunistischen Internationale jetzt dieselben Personen stehen, die sich im November 1917 in Russland geirrt hätten. Daran erklärt sich nach seiner Auffassung

die letzten Mißerfolge der Dritten Internationale in Bulgarien und Deutschland. Im übrigen ist das ganze Buch voll halberfüllter Andeutungen und polemischer Spitzen, die offensichtlich für den inneren Kampf der kommunistischen Opposition berechnet sind. Es wurde denn auch gleich nach Erscheinen in großen Mengen abgesetzt und in kommunistischen Kreisen verbreitet.

Im kommunistischen Zentralorgan „Pravda“ vom 2. November wurde bereits das größte Geschick gegen Trozki aufgeführt. In einem umfangreichen redaktionellen Artikel werden heftige Angriffe gegen Trozki gerichtet: „Trozki bricht wieder die Diskussion vom Saun“, heißt es in dem Artikel. „Er trägt die Verantwortung für eine Aktion gegen die politische Linie, die sowohl die Partei wie die kommunistische Internationale eingeschlagen hat... Er will offensichtlich eine politische Plattform schaffen, von der aus man die genau umrissenen Kongreßbeschlüsse unterhalten könnte.“

Des weiteren wird Trozki der Vorwurf gemacht, daß er die Ereignisse des Jahres 1917 völlig verzerrt wiedergebe: „Trozki — schreibt die „Pravda“ — verschweigt, daß die erwähnten Personen (Sinowjew und Ramenow) mehrfach ihren Irrtum eingestanden haben.“ Die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und Lenin seien von so kurzer Dauer gewesen, daß Ramenow schon unmittelbar nach dem Novemberaufstand den Schritt auf dem Zweiten Kongreß machte, und Sinowjew schon im November mit einem Bericht über die Notwendigkeit der Ehrenhaftigkeit der Kommunisten trat. Diese Meinungsverschiedenheiten der „Pravda“ widerlegen keineswegs die Behauptungen Trozki's, der ausdrücklich in seinem Buche schreibt: „Nach dem Sieg finden sich jetzt viele Liebhaber, die sich den Siegern anschließen.“

Nun wendet sich das kommunistische Zentralorgan mit der ganzen Wucht seines Angriffs gegen den unheimlichen Trozki. Der Standpunkt der bolschewistischen Partei datiere keineswegs vom November 1917, er sei vielmehr schon früher

Die Beratung des Völkerbundstatuts beginnt.
Das Völkerbundsekretariat gibt den Ministern einer Note.
Das Völkerbundsekretariat gibt den Ministern einer Note.

bedeutend und die Gerichte seiner Reden gewendet ist. ...

Das lokale Vergeltungsamtigen Mutter und Tochter ...

Mutter und Tochter.

Das lokale Vergeltungsamtigen Mutter und Tochter ...

Stimmen im Regen beschwerten Mütter.

Napoleon und Josephine.

Wenige Tage vor ihrem Siegeszuge nach Mailand heiratete ...

Der erste Blick entfernte mich nicht weiter von dir, und mit ...

Ich habe mehrere Probleme an Ihnen und eine vollständige ...

Und bitte der Liebe nicht.

Von Frau Stranmann.

Es sind wunderbare Worte, die die Gerichte der ...

Man mag das Wohlstandstalent über mangelndes ...

Ich habe Sie nicht mehr gesehen, dünne ich ...

Ich habe Sie nicht mehr gesehen, dünne ich ...

Ich habe Sie nicht mehr gesehen, dünne ich ...

Es ist schade um die Mütter! Dieses in ...

Kinderväter beim Essen.

Neue Rede zum Gedächtnis des Kindes.

Es gibt keine Mütter, die gleichsam schon ...

Man darf von Matriarchen nicht einmal ...

Ich habe Sie nicht mehr gesehen, dünne ich ...

Der Mutter Grad.

Dort unter den schattigen Bäumen, ...

Das die Zeugnisse der Eltern auf die Kinder ...

Das die Zeugnisse der Eltern auf die Kinder ...

Das die Zeugnisse der Eltern auf die Kinder ...

